



BERICHT ZUR INTEGRIERTEN AUFGABEN- UND FINANZPLANUNG 2007 BIS 2010 SOWIE ZUM STAATSVORANSCHLAG 2007

Inhalt	Seite
1 Einleitung und Antrag	2
2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010	3
21 Verweis auf Strategieplanung 2012+ sowie Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	3
22 Finanzpolitische Vorgaben	4
22.1 Zielvorgaben und Steuerungsparameter zum Staatsvoranschlag 2007 sowie zur Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	5
22.2 Ergebnis des Staatsvoranschlags 2007 und der Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	6
23 Jahresplanung 2007 und rollende Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	8
23.1 Räte und Staatskanzlei	9
23.2 Finanzdepartement	22
23.3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	36
23.4 Volkswirtschaftsdepartement	56
23.5 Bildungs- und Kulturdepartement	73
23.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	89
24 Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2010	101
3 Staatsvoranschlag 2007	105
31 Grundannahmen und -vorgaben	105
32 Gesamtergebnis	107
33 Laufende Rechnung	108
34 Investitionsrechnung	114
35 Kennzahlen	116
4 Bericht des Obergerichts zum Voranschlag 2007	119
5 Beschluss des Kantonsrats über die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 sowie den Staatsvoranschlag 2007	122

1 Einleitung und Antrag

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Bst.b des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) in Verbindung mit Art. 19 Abs. 1 des Staatsverwaltungsgesetzes (GDB 130.1), Art. 2 der Organisationsverordnung (GDB 133.11) und Art. 35 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) die rollende Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2007 bis 2010. Sie knüpft an die langfristige Strategieplanung 2012+ und die mittelfristige Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 an. Zu Beginn der neuen Amtsdauer haben wir die langfristige Strategieplanung 2012+ aktualisiert sowie in der Amtsdauerplanung die staatlichen Ziele und Massnahmen, welche wir prioritär verfolgen, konkretisiert.

Im vorliegenden IAFP können wir deshalb zunächst auf den gesonderten Bericht zur Strategieplanung 2012+ und zur Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 verweisen. Darin finden sich insbesondere die Gesamtbeurteilung der geänderten Rahmenbedingungen, die grundsätzlich Bestätigung der Langfriststrategie 2012+ sowie die angepassten strategischen Leitideen zu den Politikbereichen und die dazugehörenden nachgeführten Wirkungsziele.

Der IAFP zeigt nach Departementen geordnet deren Jahresziele 2007, die Leistungsaufträge und Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung sowie die Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) nach Ämtern auf, ausführlich für das Jahr 2007 sowie vorausschauend und verknüpft mit der Finanzplanung für die Folgejahre 2008 bis 2010. Die Jahresplanung 2007 hat zusammen mit dem Staatsvoranschlag 2007 budgetverbindlichen Charakter. Der rollenden Planung für 2008 bis 2010 kommt aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets zu. Die in der rollenden Planung aufgezeigte Aufgabenentwicklung und Massnahmen bedürfen im Einzelfall noch der Beschlussfassung durch die zuständigen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, von der Jahresplanung 2007 sowie der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 Kenntnis zu nehmen und den Staatsvoranschlag 2007 zu verabschieden.

Sarnen, im September 2006

Im Namen des Regierungsrats



Hans Wallimann, Landammann



Urs Wallimann, Landschreiber

2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010

21 Verweis auf die Strategieplanung 2012+ sowie die Amtsdauerplanung 2006 bis 2010

Zu Beginn der Amtsdauer liegt ein besonderer **Bericht zur Strategieplanung 2012+ und zur Amtsdauerplanung 2006 bis 2010** vor. Darin finden sich insbesondere die Gesamtbeurteilung der geänderten Rahmenbedingungen, die grundsätzliche Bestätigung der Langfriststrategie 2012+ sowie die angepassten strategischen Leitideen zu den Politikbereichen und die dazugehörigen nachgeführten Wirkungsziele und wichtigsten geplanten Massnahmen der Amtsdauer 2006 bis 2010.

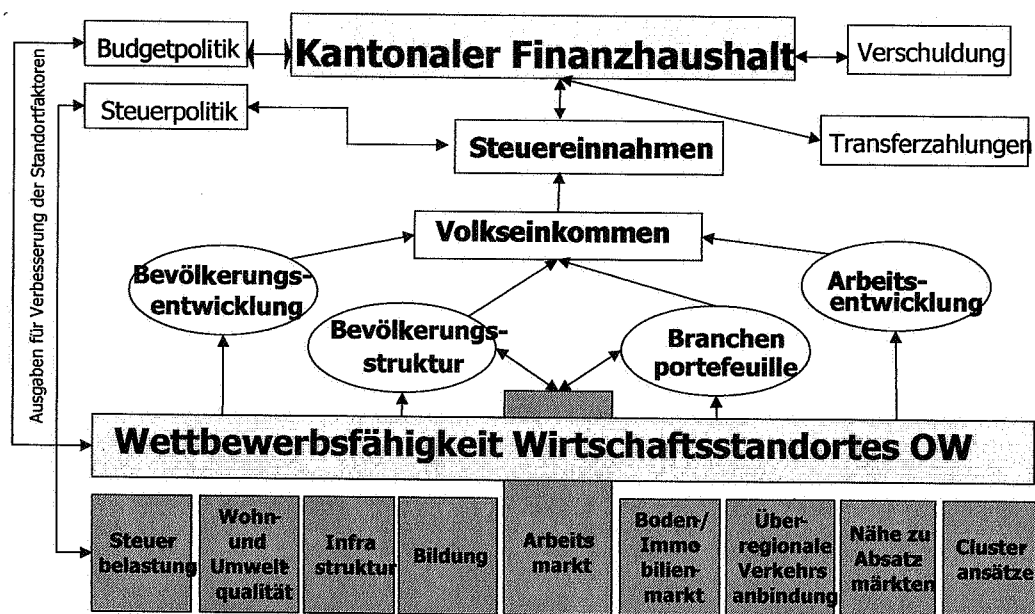
Im vorliegenden IAFP verweisen wir auf diesen Bericht. Während der Amtsdauer, d.h. ab der Jahresplanung 2008 werden wesentliche Veränderungen bei den Rahmenbedingungen nachgeführt und an dieser Stelle aufgezeigt.

22 Finanzpolitische Vorgaben

Wie im **Bericht zur Strategieplanung 2012+ und zur Amtsdauerplanung 2006 bis 2010** des Regierungsrates aufgezeigt, wird aus heutiger Sicht an der Langfriststrategie 2012+ auch in finanzpolitischer Hinsicht festgehalten.

Die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 steckt in grundsätzlicher Hinsicht den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons in der angelaufenen Amtsdauer 2006 bis 2010 ab. Er stellt kein Mehrjahresbudget dar, sondern zeigt als Führungs- und Informationsinstrument die wesentlichen Tendenzen und Schwerpunkte auf. Die Schwerpunkte der Finanzpolitik entsprechen den Strategischen Leitideen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik (Nr. 16) und einer Beibehaltung der fiskalischen Konkurrenzfähigkeit (Nr. 17). Einzig der Voranschlag 2007 ist rechtlich verbindlich.

Dank den in den letzten Jahren erzielten positiven Rechnungsabschlüssen und damit einhergehend der Äufnung eines Eigenkapitals und Abbau der Verschuldung konnte der finanzpolitische Handlungsspielraum zurückgewonnen werden. Mit der Umsetzung der Steuerstrategie wurde dieser Handlungsspielraum in einem ersten Schritt zielgerichtet eingesetzt, um zukünftig die Eigenständigkeit des kantonalen Finanzhaushalts und vor allem auch die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons zu verbessern.



Weiter sollen durch die Steuerstrategie auch die anderen strategischen Leitideen des Regierungsrates, z.B. die Steigerung des Volkseinkommens durch Wachstum (Nr. 1), die Optimierung der Standortqualität für dynamische und wertschöpfungsstarke Branchen sowie zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Nr. 2) wirkungsvoll gefördert werden und ausreichend Ressourcen für die Zielerreichung in den übrigen Bereichen zur Verfügung gestellt werden können.

Bis die mit der Umsetzung der Steuerstrategie geplanten Mehrerträge zur Zielerreichung beitragen und auch um politisch verbindliche finanzpolitische Vorgaben zu erhalten, wurde auf den 1. Januar 2006 die Ausgabenbremse im Staatsverwaltungsgesetz und in der Finanzhaushaltsverordnung verankert. Darin definiert der Kantonsrat das zu erreichende Haushaltsgleichgewicht des Kantons. Die bereits in der letztjährigen Amtsdauerplanung definierte Politik des Regierungsrates zum finanzpolitischen Handlungsspielraum wurde dabei vom Kantonsrat grösstenteils übernommen.

Politik zum finanzpolitischen Handlungsspielraum

(vorbehalten bleiben grössere, ausserordentliche Ereignisse wie die Hochwasserkatastrophe 2005)

- Die Laufende Rechnung ist ausgeglichen (keine Konsumausgaben durch Verschuldung) und somit bleibt das Eigenkapital, das dank der Ausschüttung der SNB-Goldreserven aufgebaut wurde, in seiner Substanz erhalten.
- Die getätigten Investitionen über fünf Jahre sind selbstfinanziert (Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent).

22.1 Zielvorgaben und Steuerungsparameter zum Staatsvoranschlag 2007 sowie zur Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010

Grundsätzlich richten sich die Zielvorgaben nach der neu eingeführten Ausgabenbremse. Das heisst, dass gemäss Art. 4 Abs. 2 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) die Laufende Rechnung für den Voranschlag 2007 höchstens ein Defizit von 3 Prozent der veranschlagten Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen aufweisen darf. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionsrechnung der Jahre 2004 bis 2008 hat einen Durchschnitt von 100 Prozent zu erreichen. Dank der hohen Selbstfinanzierung der Jahre 2004 und 2005 können – ohne Einbezug der Ausgaben und Investitionen als Folge der Hochwasserkatastrophe 2005 – für die Jahre 2007 und 2008 Nettoinvestitionen von höchstens knapp 60 Millionen Franken geplant werden.

Dass bereits bei der ersten Anwendung der Ausgabenbremse der Vorbehalt der grösseren, ausserordentlichen Ereignisse angewendet werden muss, konnte nicht vorhergesehen werden. Die dem Kanton verbleibenden Kosten der Hochwasserkatastrophe vom August 2005 übertreffen die in der Botschaft vom 13. September 2005 zum Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausgabenbremse) definierte Richt-Grösse von einem Prozent des Volkseinkommens aber bei weitem. Nach den letzten vorliegenden Zahlen des Bundesamtes für Statistik betrug das Volkseinkommen für 2004 1,274 Milliarden Franken. Bereits in der Staatsrechnung 2005 sind Nettokosten des Kantons von über 12 Millionen Franken ausgewiesen. Weitere Millionen sind für die Wiederherstellung auch im vorliegenden Staatsvoranschlag und in der Finanzplanung enthalten.

Für die Finanzplanung 2008 bis 2010 ergeben sich die Steuerungsparameter grundsätzlich aus den in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung aufgezeigten Veränderungen der Leistungsaufträge einerseits sowie der geplanten und ebenfalls aufgeführten Projekte andererseits.

In die Amtsdauerperiode wird die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fallen. Damit einhergehen werden grössere Verschiebungen von Aufgaben und Finanzierungsmittel. Gemäss letzten Erkenntnissen muss aber davon ausgegangen werden, dass die leicht höheren frei verfügbaren Mittel durch die höheren Abgeltungen von zentralörtlichen Leistungen einerseits sowie durch die infolge der Hochwasserkatastrophe massiv gestiegenen Anforderungen im Bereich der Sicherung des Lebensraumes andererseits mehr als aufgebraucht werden.

Als weiteres Ziel hat sich der Regierungsrat vorgenommen, den Personalaufwand – unter Vorbehalt eines gleichbleibenden Leistungsauftrags – bis Ende der Amtsdauerplanung (2010) nicht über 49 Millionen Franken ansteigen zu lassen.

22.2 Ergebnis des Staatsvoranschlags 2007 und der Aufgaben und Finanzplanung 2007 bis 2010

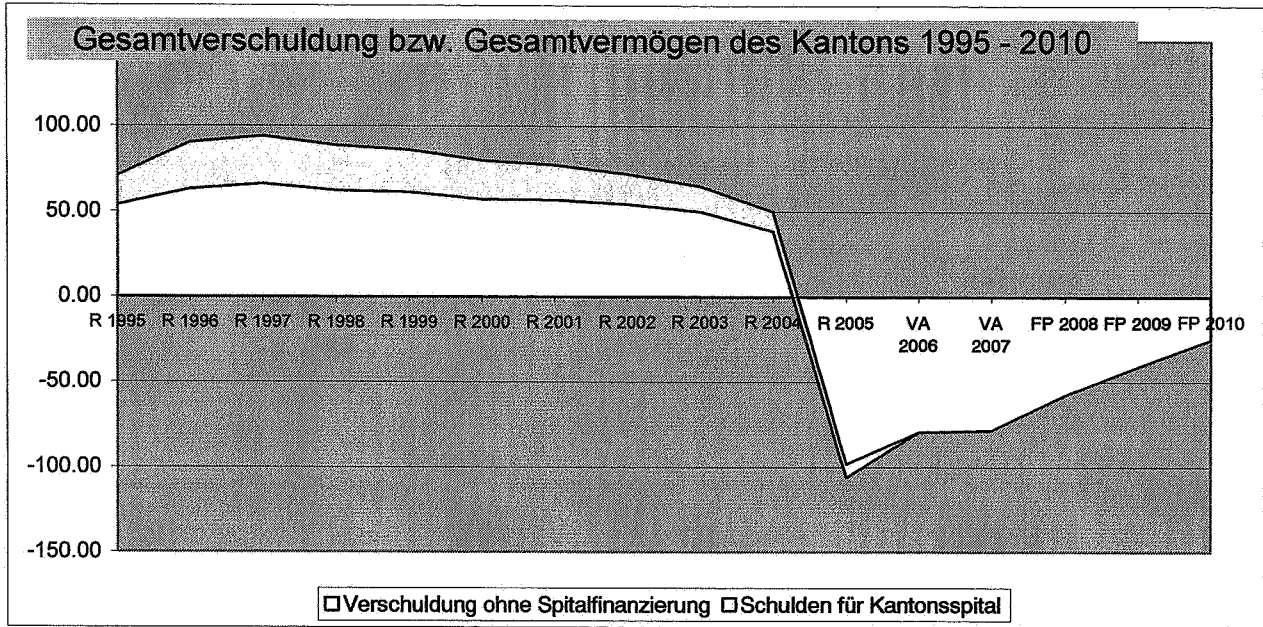
Für die Planjahre 2007 bis 2010 ergeben sich folgende Eckwerte:

in 1'000 Fr.:	Voranschlag 2007	Finanzplan 2008 2009 2010			Total Amtsperiode 2007 - 2010
Laufende Rechnung (LR):					
Aufwand	268'816	274'545	278'225	280'286	1'101'872
Ertrag	269'146	274'941	275'012	276'218	1'095'317
Ordentliches Ergebnis	330	396	-3'213	-4'068	-6'555
Investitionsrechnung (IR):					
Ausgaben	97'263	103'777	97'527	98'055	396'622
Einnahmen	79'080	69'059	63'418	62'855	274'412
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	18'183	34'718	34'109	35'200	122'210
Finanzierung:					
Zunahme der Nettoinvestitionen	18'183	34'718	34'109	35'200	122'210
Abzüglich Abschreibungen	16'685	16'381	20'741	23'447	77'254
Ergebniss Laufende Rechnung	330	396	-3'213	-4'068	-6'555
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	-1'168	-17'941	-16'581	-15'821	-51'511
Selbstfinanzierungsgrad	93.6%	48.3%	51.4%	55.1%	57.9%

Aus heutiger Sicht und unter Einbezug der Auswirkungen der Schäden der Hochwasserkatastrophe 2005 sind für die Jahre ab 2009 zusätzliche Einsparungen notwendig, damit die Laufende Rechnung auch in den kommenden Jahren ausgeglichen gehalten werden kann.

Durch die nun anstehenden Hochbauprojekte einerseits sowie die sich abzeichnenden grossen Investitionen im Bereich des Wasserbaus werden die Nettoinvestitionen um einiges höher ausfallen als in den vergangenen Jahren. Der Selbstfinanzierungsgrad wird deshalb in den nächsten drei Jahren unter einhundert Prozent liegen. Die angestrebte Eigenfinanzierung von 100 Prozent über die Periode von fünf Jahren (2004 bis 2008) kann in Anbetracht des 2004 und 2005 erreichten Finanzierungsergebnisses aber für 2007 dennoch erreicht werden.

Die aufgezeigten, zukünftigen hohen Nettoinvestitionen ab dem Jahr 2008 werden aber ohne zusätzliche Massnahmen nur schwer in Einklang mit der Ausgabenbremse zu bringen sein. Selbst durch eine positivere Wirtschaftsentwicklung sowie eine strikte Budgetdisziplin der Verwaltung wird das Finanzierungsergebnis nicht ausreichen, um die Investitionen in der fünfjährigen Periode 2006 bis 2010 zu 100 Prozent selbst zu finanzieren. Die aufgezeigten Investitionen müssen im Rahmen der konkretisierenden Voranschläge der Folgejahre deshalb einen weiteren, zeitlichen Aufschub und/oder Redimensionierung der Vorhaben erfahren. Für den Regierungsrat ist dabei klar, dass eine Priorisierung der Vorhaben erfolgen muss. Ein Kriterium für die Priorisierung ist die Relevanz bezogen auf die Strategie 2012+. Die Bereiche Hochwasserschutz sowie Umsetzung der Steuerstrategie stehen im Vordergrund.



23 Jahresplanung 2007 und vollendete Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010

In der Jahresplanung 2007 bzw. im IAFP werden die Massnahmen (Projekte, Gesetze, Investitionen) aus der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010, wo sie nach Politikbereichen dargestellt sind, als Zielsetzungen oder Leistungsaufträge auf die für die Bearbeitung zuständigen Departemente und Ämter heruntergebrochen.

Vorangestellt wird eine Übersicht über die wichtigsten departementalen Jahresziele 2007, wobei die angegebene Nummer den Bezug zu den übergeordneten strategischen Leitideen, Wirkungszielen und Massnahmen der Amtsdauerplanung herstellt. Diese Übersicht unterstützt das departementale Controlling bei der Rechenschaftsablage im jeweils folgenden jährlichen Geschäftsbericht.

Sodann werden für jedes Amt angegeben:

- 1 Der aktualisierte, zusammengefasste Leistungsauftrag.
- 2 Eine zusammenfassende Übersicht über die massgeblichen gesetzlichen Grundlagen, auf den sich der Leistungsauftrag stützt.
- 3 Die finanzielle Entwicklung in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionen über die letzte abgeschlossene Rechnungsperiode (R05), die laufende Voranschlagsperiode (V06), die nächste Voranschlagsperiode (V07) und die folgenden drei Planungsperioden (P08 bis P10).
- 4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen
 - 4.1 Jahresplanung 2007

Diese erlangt mit der Zustimmung des Kantonsrats Budgetverbindlichkeit. In diesem Bereich sind keine parlamentarischen Anmerkungen möglich, da der Kantonsrat unmittelbar über die einzelnen Voranschlagsbeträge beschliesst.

 - 4.1.1 Die Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung, d.h. insbesondere die Voranschlagsbeträge > Fr. 50 000.– der Kontogruppen Ausgaben 31 bis 34 sowie Einnahmen 40 bis 46 werden in dieser Rubrik begründet. Die Personalaufwendungen werden vom Kantonsrat gemäss Art. 28 der Personalverordnung (GDB 141.11) gesamthaft über die Festsetzung der Lohnsumme (Lohnsummenverteilung Kto. 2200.301 und 302) beschlossen und deshalb nicht je Amt im Einzelnen begründet.
 - 4.1.2 Die besonderen Massnahmen 2007, d.h. Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen werden in dieser Rubrik aufgezeigt. Dazu gehören auch bedeutende Projekte, welche keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen haben, aber im Sinne der vorausschauenden Planung von Bedeutung sind. Mit Ziffern wird auf die strategische Leitidee der Amtsdauerplanung (APL) Bezug genommen.
 - 4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

Der IAFP hat nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Er zeigt die voraussichtliche Entwicklung auf und wird vom Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorgeschlagen. Er lässt parlamentarische Anmerkungen zu. Die noch nicht beschlossenen Projekte werden in der Planung *kursiv* dargestellt. Der IAFP wird jährlich nachgeführt, d.h. jeweils um ein weiteres Jahr ergänzt.

 - 4.2.1 Hier werden die wesentlichen voraussehbaren Veränderungen im Leistungsauftrag des Amtes gegenüber dem Voranschlag 2007 aufgezeigt. Sie beziehen sich schwergewichtig auf die Laufende Rechnung.
 - 4.2.2 In dieser Rubrik wird schwerpunktmässig dargestellt, wann und mit welchen finanziellen Auswirkungen die Umsetzung der Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben, Investitionen) aus der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 vorgesehen ist. Im Sinne der rollenden Planung werden sie jährlich überprüft und bei veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Mit Ziffern wird auf die strategische Leitidee bzw. Massnahmen der Amtsdauerplanung (APL) Bezug genommen.

23.1 RÄTE/STAATSKANZLEI

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
13.1	Die Parlamentsreform ist wirksam.	
	Die Ratsdienste sind gemäss Parlamentsreform ausgebaut.	
13.4	Die erneuerte e-Government-Strategie Schweiz wird koordiniert mit dem Bund umgesetzt.	
	Der Kanton beteiligt sich an den drei e-Gov-Studien: Nachfrage/Angebot/Zufriedenheit.	Gemäss Vereinbarung Bund-Staatsschreiberkonferenz
13.4	Die kantonalen Dienstleistungen, welche elektronisch abgewickelt werden können, werden priorisiert nach dem Nutzen für die Kunden sowie dem Potenzial der Verwaltung umgesetzt.	
	Der kantonale Webauftritt wird im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen, Privatpersonen und andere Verwaltungen ausgebaut.	

Weitere Jahresziele 2007 der Staatskanzlei		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Die Einführung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten ab 2008 ist rechtlich und organisatorisch sichergestellt.	
	Die Vorbereitung/Unterstützung der gesetzgeberischen Schwerpunktprojekte der Departemente ist gewährleistet.	Namentlich: – Mantelerlass NFA – Interkant. Zusammenarbeitsprojekte
	Ein Archivkonzept für die schrittweise Einführung der integralen digitalen Archivierung liegt vor.	
	Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und rechtlich angepasst.	

10 Kantonsrat (Gesetzgebende Behörde)

1 Hauptaufgaben

Die Hauptaufgaben des Kantonsrats sind die Gesetzgebung, die Oberaufsicht und die Vornahme von Wahlen. Zur Gesetzgebung gehören die Vorbereitung von Verfassungsänderungen, der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen sowie der Abschluss interkantonalen Vereinbarungen. Der Kantonsrat kann gegenüber dem Bundesparlament auch eine Standesinitiative einreichen oder das Kantonsreferendum ergreifen. Die Oberaufsicht übt er über Regierung und Staatsverwaltung sowie die Gerichtsbehörden aus, namentlich durch die Genehmigung von Rechenschaftsberichten und die Stellungnahme zu Planungen. Im Weiteren ist der Kantonsrat zuständig für Finanzbeschlüsse von erheblicher finanzieller Tragweite und den Staatsvoranschlag sowie für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern und für Begnadigungen. Der Kantonsrat wählt den Landammann, Landstatthalter und Landschreiber, die Vizepräsidenten der Gerichte und die Strafverfolgungsorgane, die kantonale Steuerrekurskommission, die Aufsichtskommission des Kantonsspitals und weitere bedeutende Kommissionen des Parlaments.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)
Kantonsratsgesetz (GDB 132.1)
Geschäftsordnung des Kantonsrats (GDB 132.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	334	411	483			
Ertrag						
Nettoaufwand	334	411	483	487	490	493
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1000.	Kantonsrat				
318.60 (bisher 1420.318.60)	Die Ratsdienste sind gemäss Parlamentsreform ausgebaut	26		62	
365.10	Fraktionsentschädigung neu für ein ganzes Jahr	13		26	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1000	13.1	Die Ratsdienste sind für die effiziente Umsetzung der Parlamentsreform sichergestellt.		

12 Regierungsrat

1 Hauptaufgaben

Der Regierungsrat als oberste vollziehende Behörde des Kantons leitet, plant und koordiniert die Staatstätigkeit, indem er laufend die Lage in Staat und Gesellschaft beurteilt, die grundlegenden Ziele staatlichen Handelns umschreibt und die Mittel und Organisation dafür bestimmt sowie den Kanton nach innen und aussen vertritt. Er leitet und steuert die kantonale Verwaltung und stellt die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung sicher. Der Regierungsrat beteiligt sich durch die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen sowie den Erlass von Ausführungsbestimmungen an der Gesetzgebung sowie in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten an der erstinstanzlichen Rechtsprechung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)
Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'694	1'724	1'740			
Ertrag	49	51	54			
Nettoaufwand	1'645	1'673	1'686	1'697	1'708	1'719
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1200.	Regierungsrat				
307.00	Besoldungsnachgenuss für ehemalige Regierungsmitglieder gemäss altrechtlicher Regelung	352		349	
317.00	Spesenpauschale gemäss Behördengesetz	77		78	
318.40	Staatsempfänge, Regierungsbesuche, Feierlichkeiten, innerkantonale Behördenanlässe	46		55	
436.50	Vergütungen Verwaltungsratsmandate		51		54

14 Staatskanzlei (Stab und Kanzleisekretariat)

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsratsgesetzgebung (GDB 132.1 und 132.11)

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Ausführungsbestimmungen über das Ausstellen der Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (GDB 113.122)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'907	1'946	1'907			
Ertrag	1'243	1'148	1'178			
Nettoaufwand	664	798	729	726	723	720
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1400. 363.00	Stab und Information Anteil Content-Management-System für Webauftritt gemäss Dienstleistungsvertrag mit Informatikleistungszentrum Fr. 35 600.– (gemäss Projekt 2005)	58		62	
1420. 431.00	Sekretariat Regierungsrat und Kantonsrat Ausschöpfung Gebührenrahmen gemäss neuer Gebührengesetzgebung (Entscheidgebühren Regierungsrat samt Gebühr Swisslos, Beglaubigungsgebühren)		110		120
1422. 310.20	Amtsblatt/Passbüro Bundesanteil Ausweiskosten (Pässe und Identitätskarten)	160		160	
310.50	Druckkosten Amtsblatt abhängig vom Volumen amtlicher Teil und Inserateanteil mit neuem Farbkonzept	546		510	
318.10	Amtsblatt Zustellgebühren bei 10 Grossauflagen	73		75	
431.00	Gebühreneinnahmen Ausweise (Pässe und Identitätskarten)		280		280
435.30	Gebühreneinnahmen Amtsblatt, abhängig von amtlichen Publikationen und Inseraten (neues Farbkonzept)		430		465
435.40	Abonnementeinnahmen Amtsblatt		321		310

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1400	13	Die Strukturen, Abläufe und Geschäftsprozesse der Staatskanzlei sind mit dem Bezug des renovierten Rathauses erneuert.		
	13.4	Der Webauftritt des Kantons ist gemäss der Vereinbarung mit dem Bund ausgebaut; der Kanton schneidet im Ranking der Kantone gut ab.		
	–	Die neue Rechtschreibung wird in den Erlassen und Amtsdruckschriften umgesetzt.		
1422	13.2	Das Amtsblatt- und Passbüro wird als Testeinheit NOW (Neue Verwaltungsführung Obwalden) geführt.		
	13	Die Einführung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten auf 2008 ist vorbereitet (Vorgaben Bund).		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
1400	13.4	Die eGov-Strategie des Kantons ist an die eGov-Strategie des Bundes angepasst und wird nach kantonalen Prioritäten umgesetzt.		ab 2008		
1422	13	Die Ausstellung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten ist gemäss Vorgaben des Bundes sichergestellt.		2008		

16 Rechtsdienst

1 Leistungsauftrag des Amtes

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

2 Gesetzliche Grundlagen

Organisationsverordnung (GDB 133.11)
Abstimmungsgesetzgebung (GDB 122.1 und 122.11)
Publikationsgesetz (GDB 131.1)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	462	502	495			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	461	502	495	554	503	507
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1600.	Rechtsdienst				
310.50	Die eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen 2007 sind durchgeführt.	37		45	
	Die Gesamterneuerungswahl 2007 für den Nationalrat und die Wahl für das Mitglied des Ständerats sind durchgeführt.	36		5	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1600	15.2	Die gesetzgeberische Vorbereitung/Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet.		
	15.3	Die Projekte gemäss Gesetzgebungsprogramm sind gesetzestech- nisch begleitet.		
1600. 310.00	13	Der verwaltungsrechtliche Grundkurs 2007 garantiert die Qualität der Verwaltungsarbeit.	11	
1600. 310.00	13	Band XVII der VVGE (Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts- entscheide) wird samt nachgeführtem Register veröffentlicht.		
1600	14	Die Gesamterneuerungswahlen 2008 der Gemeinderäte und der Gerichte sind vorbereitet.	–	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR			
1600. 310.50	14	Die Beschaffung der Stimmkuverts und Stimmkarten für die Wahlen und Abstimmungen ist erfolgt.		2008	55	
1600	13.5	Mitwirkung in der Projektgruppe zur Umsetzung der Justizreform des Bundes; die Umsetzung der Rechtsweggarantie ist – vorbehaltlich der Entscheide von Parlament und Volk – erfolgt.		2008	–	
1600	15	Der Fortgang des Bundesprojekts für die Strukturierung schweizerischer Erlasse (Schema CHLexML) und verwandter Projekte (LexGo, Institut für Föderalismus) wird beobachtet; zur Umsetzung und Anpassung der kantonalen Gesetzesdatenbank liegt ein Konzept vor.		2009	–	
1600	13/ 14.1	Das Projekt einer Revision der Kantonsverfassung ist hinsichtlich der inhaltlichen Fragestellungen wie auch in Bezug auf die Vorgehensweise geprüft.		2010	–	
1600	13.4	Das Projekt E-Voting des Bundes wird verfolgt; es liegt ein Konzept als Entscheidungsgrundlage zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe im Kanton vor.		2010	–	

17 Staatsarchiv

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen der Archivverordnung sind die Bestände kantonalen Behörden, der Verwaltung, Forschung und der interessierten Bevölkerung zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

2 Gesetzliche Grundlagen

Verordnung über das Staatsarchiv (GDB 131.21)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	557	569	615			
Ertrag	5	3	3			
Nettoaufwand	552	566	612	615	679	683
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1700.	Staatsarchiv				
318.60	Dringendste Mikroverfilmungen und Restaurierungen (infolge GAP-Kürzung stark eingeschränkt). Für den Ersatz der Halon-Anlage im Archivturm spätestens ab Anfang 2009 liegt eine Fachlösung vor.	21		21	10
363.00	Unter anderem wird eine Schnittstelle der Programme Scope und Konsul ist errichtet.	81		122	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1700. 318.60	13	Es liegt ein Archivkonzept/Leitbild für die schrittweise Einführung der integralen digitalen Archivierung in der Staatsverwaltung vor		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
1700. 301.00	Die elektronische Archivierung digitaler Daten ist sichergestellt (Stellenausbau).		60	60

18 Finanzkontrolle

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

2 Gesetzliche Grundlagen

Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
Finanzausgleichsverordnung (GDB 630.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	211	221	232			
Ertrag	52	47	43			
Nettoaufwand	159	174	189	191	192	194
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1800.	Finanzkontrolle				
318.60	Beizug von Fachexperten für Revisionen gemäss Art. 52 FHV	20		20	
438.00	Entschädigung Bund für Aufsicht über den Bau und Unterhalt der Nationalstrasse		29		29

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1800	13	Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und rechtlich angepasst.		
1800	14	Die Durchführung der Gemeindefinanzaufsicht ist überprüft und allenfalls neu konzipiert.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
1800	13	Die Qualitätssicherung ist in Zusammenarbeit mit Finanzkontrolle NW bzw. der Zentralschweizer Kantone verbessert	–	2008		
1800	13	Standardisierte Arbeitsgrundlagen sowie Zeit- und Leistungserfassung liegen vor	–	2009		

23.2 FINANZDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
13.2	NOW-Projekte sind in Umsetzung.	
	Projekt operative Steuerung/Einführung KORE befindet sich in der Testphase.	Testphase mit einer Einheit pro Departement
	Die gesetzlichen Grundlagen in Abfolge der Personalpolitik sind angepasst.	Revision Personalrecht (Staatsverwaltungsgesetz und Personalverordnung)
14.2	Ein Strategisches Controlling/Wirkungsanalyse über das neue Steuergesetz ist erstellt.	
	Die Auswirkungen auf den interkantonalen Finanzausgleich sind bestimmt.	
15.1 / 17.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantonsebene zur Umsetzung vorbereitet.	
16	Die Steuerstrategie befindet sich in Umsetzung.	
	Nachtrag zum Steuergesetz	Anpassungen an neuste Änderungen Bundesrecht (StHG, Partnerschaftsgesetz)
17.2	Die Ausgabenbremse ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.	
	Ausgabenbremse ist auf Ebene Regierungsrat instrumentalisiert.	

Weitere Jahresziele 2007 des Departements		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtdauerplanung)</i>
	Das Schätzungs- und Grundpfandgesetz wird umgesetzt: → Der Schätzungsbereich ist organisatorisch neu gegliedert und funktioniert effektiv und effizient.	
	Die neuen Richtlinien im Lotteriewesen sind umgesetzt: → Die Ausführungsbestimmungen über die Vergabe von Lotteriegeldern im Kanton sind erlassen.	
	Zentralisierung der Berechnung der jährlichen Lohnerhöhungen ist abgeschlossen.	
	Gebührenordnung für die Rechtspflege ist angepasst.	
	Umsetzung von verschiedenen Software-Projekten im Steuerbereich.	Überführung GemDat – Terris und Ablösung Abraxas
	Umsetzung diverser Gesetzesänderungen im Bereich der Prämienverbilligung.	u.a. Beschaffung neuer Software

20 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits aber ist er verantwortlich für das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist im Weiteren verantwortlich für das Lotteriewesen.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)
Verwaltungsverordnung (GDB 133.21)
Finanzaushaltverordnung (GDB 610.11)
Personalverordnung (GDB 141.11)
Lotteriegeseztgebung (GDB 975.31 und 975.4)
Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (GDB 213.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	251	278	279			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	250	278	279	281	284	286
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2000 318.60	13.2	Projekte NOW sind in Umsetzung / Einführung KORE ist in Testphase.	15	
	–	Umsetzung Neuorganisation Lotteriewesen (nach IKV Lotterien und Wetten)		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	13.2	Projekt NOW ist in Umsetzung/KORE ist in Testeinheiten eingeführt.	2008	2008		

22 Personalamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrates und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und –controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Personalverordnung (GDB 141.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	556	1'323	1'579			
Ertrag	55	84	55			
Nettoaufwand	501	1'239	1'524	1'565	1'576	1'588
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2200.	Personalamt				
301.08	Leistungsprämien (0,2 % der Lohnsumme)	75		73	
301.80	Lohnsummenentwicklung Verwaltung; 2 %	447		603	
302.80	Lohnsummenentwicklung Lehrerschaft; 2 %	110		197	
309.03	Personalwerbung, Inserate	70		82	
318.60	Rückerstattung Kosten an Nidwalden für Personalamtsleitung	110		105	
439.00	Verschiedene Einnahmen		69		40

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
	13	Die gesetzlichen Grundlagen (Staatsverwaltungsgesetz, Personalverordnung) zur Personalpolitik sind zuhanden des Kantonsrats angepasst.		
	13	Zentralisierung der Berechnung der jährlichen Lohnerhöhungen bei Lehrpersonen ist abgeschlossen.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	13	Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit sind eingeführt.		2008		
	13	Ausführungsbestimmungen über die Fort- und Weiterbildung sind eingeführt.		2008		
	13	EDV-gestützte Zeit- und Leistungserfassung ist projektiert (Projekt NOW).		2009	130	

24 Finanzverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Finanzverwaltung erarbeitet Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (inkl. Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (inkl. Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (inkl. Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an eidg. Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kernaufgaben im kantonalen Recht:
Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1)
Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
Personalverordnung (GDB 141.11)
Gebührenverordnung (GDB 643.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	75'226	47'182	49'714			
Ertrag	286'313	148'047	154'708			
Nettoertrag	211'087	100'865	104'994	129'740	126'727	126'530
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	261	435	577			
Einnahmen	9					
Nettoinvestitionen	252	435	577	300	300	300

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2400. 363.00	Finanzverwaltung: Informatikkosten ILZ	236		229	
2402. 310.20	Allg. Personal- + Verwaltungskosten: Beschaffung von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale für die ganze Verwaltung	140		140	
318.50 363.00	Sach- und Haftpflichtversicherung Informatikkosten ILZ	105 100		105 122	
435.60	Verkäufe von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale		140		140
436.00	Leistungen der Kranken-/Unfallversicherung (Ø-Ertrag der letzten 4 Jahre)		347		400
2420. 318.20 318.30	Steuerbezug: Postcheck- und Bankgebühren Inkassokosten für Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuern	50 190		52 310	
363.00 436.20	Informatikkosten ILZ Rückerstattung Inkassokosten	66	220	59	350
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: Ressourcenausgleich (4,1 % der erwarteten Kantonssteuereingängen 2005)	2 450		2 300	
	Lastenausgleich Schule (mind. 1,5 Mio. Fr.)	1 500		1 500	
341.10	Steuerstrategie-Ausgleich an Gemeinden gemäss Teilrevision Steuergesetz	6 300		5 250	
480.00	Entnahme Steuerstrategie-Ausgleich aus Spezialfinanzierung (Einlage in 2005)		6 300		5 250
2462. 331.00 bzw. 332.00	Abschreibungen: Abschr.-Sätze Finanzhaushaltsverordnung Zusätzliche Abschreibung Nationalstrassen	9 273 3 500		11 608 3 500	
331.02 331.04	Wärmeverbund: Nach Annuitätsberechnung Lineare Abschreibung (5 Jahre) Wiederinstandstellung Kantonsstrassen nach Hochwasserkatastrophe	110		117 1 460	
2464. 321.00 322.00	Schuldzinsen: Konto-Korrentschulden/Kommissionen Darlehen: Verzinsung der bestehenden mittel- und langfristigen Schulden	50 2 939		50 2 220	
329.00	Vergütungszinsen: Verzinsung Steuervoraus- zahlungen von Juni – November	180		250	
2466. 420.00 421.00	Vermögenserträge: Zinsen auf Konto-Korrentguthaben Vergütungs- Verzugszinsen: Verzinsung		300 180		300 250
422.00	Steuernachzahlungen ab November Anlagen des Finanzvermögens: Zins- und Dividenden erträge		1 497		2 040
426.00	Verzinsung Dotationskapitalien EWO und ILZ (bis 2005 zusätzlich noch OKB)		1 103		215

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2480.	Direkte Abgaben:				
	Erwarteter Ertrag (Hochrechnung Rechnungsstellung 2006)				
400.00	Staatssteuer, Natürliche Personen		51 198		52 588
	Steuerstrategie: Erwarteter, zusätzlicher Ertrag				
401.00	Staatssteuer, Juristische Personen		2 150		3 000
403.00	Grundstückgewinnsteuer, Ø 5 Jahre		1 035		1 000
404.00	Handänderungssteuer, Ø 5 Jahre		1 302		1 390
405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer, Ø 5 J.		615		500
437.00	Steuerbussen		80		90
480.00	Entnahme Rücklage Finanzierung Steuerstrategie		3 500		2 500
2482.	Gebundene Abgaben:				
362.00	Anteil der Gemeinden und Korporationen am Ertrag der Mineralölsteuer	2 070		2 365	
363.10	Abgeltung Verkehrssicherheitszentrum OW/NW, Fr. 9.– bzw. neu Fr. 4.–/Nr.-Schild	269		146	
406.00	Motorfahrzeugsteuer: Erwarteter Zuwachs an Fahrzeugen von 1 %		7 956		8 060
406.01	Schiffssteuer		300		285
460.00	Bundesbeitrag Schadenwehr		277		288
460.10	Mineralölsteuerertrag		4 558		5 100
460.20	LSVA		1 787		1 782
2484.	Anteile eidg. Abgaben und Erträge:				
440.00	Kantonsanteil (13 %) an dir. Bundessteuern		5 000		5 350
440.10	Finanzausgleich (Horizontal)		21 760		22 848
440.20	Repartitionen; Ø 5 Jahre		315		280
440.40	Eidg. Verrechnungs-/Sicherungssteuer Ø 5 Jahre		3 355		3 400
2486.	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB:				
341.00	Gemeindeanteile Reingewinn EWO	750		750	
380.00	Rücklage Finanzierung Steuerstrategie	1 500		1 500	
416.10	Anteile Schweiz. Nationalbank SNB; – ordentliche Ausschüttung		15 945		16 851
426.00	Anteil Obw. Kantonalbank (ab 2007 inkl. Verzinsung Dotationskapital)		4 022		5 500
426.01	OKB, Abgeltung der Staatsgarantie				1 648
426.10	Reingewinn Elektrizitätswerk Obwalden		1 500		1 500
2490.	Landeslotterie:				
365.20	Beitrag Hallenbad Obwalden	200			
365.21	Beitrag OBWALD (insgesamt 3xTfr. 90)	60		70	
365.22	Auftritt Innerschweiz an OLMA			200	
	Übrige Beiträge	10		10	
365.24	Verkehrshaus Luzern, Jährlicher Beitrag	25		24	
	Verkehrshaus Luzern, Beitrag an Renovation			150	
365.27	Sprungschanze Engelberg			100	
365.28	Beitrag an Klosterkirche Engelberg	200		200	
414.00	Anteil Landeslotterie/Zahlenlotto		1 100		1 515
480.00	Entnahme aus Fonds zum Ausgleich		116		236

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2400	15.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantonsebene zur Umsetzung vorbereitet.		
2400/ Gerichte	17	Die Gebührenordnung für die Rechtspflege ist angepasst.		
2480		Das Controlling der Steuerstrategie ist mit Blick auf den Finanzausgleich durchgeführt.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: Ressourcenausgleich: Entwicklung Ressourcenausgleich mit Steuerentwicklung	+ 90	+ 130	+ 250
341.10 480.00	Steuerstrategie-Ausgleichsentwicklung gemäss Botschaft Entnahme Steuerstrategieausgleich aus Spezialfinanzierung	- 550 - 550	- 1 100 - 1 100	- 2 150 - 2 150
2462. 331.00 331.04 332.00	Abschreibungen: Ordentliche Abschreibungen gemäss Abschreibungssatz FHV und geplanten Investitionen Lineare Abschreibung Kantonsstrassen (Hochwasserkat.) Wegfall zusätzliche Abschreibungen Nationalstrassen	+ 2 650 + 451 - 3 500	+ 7 015 + 451 - 3 500	+ 9 730 + 451 - 3 500
2464. 322.00	Schuldzinsen: Rückzahlung der Darlehen bei Fälligkeit	- 470	- 1 400	- 1 850
2466. 422.00	Vermögenserträge: Rückzahlung der Darlehen EWO Abnahme flüssiger Mittel infolge Schuldentrückzahlung	- 100 - 200	- 555 - 340	- 555 - 500
2480. 400.00	Direkte Abgaben: Staatssteuer, Natürliche Personen: Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 % Auswirkungen Steuerstrategie <i>Umsetzung Steuerstrategie zweiter Schritt</i>	900 1 800	1 760 3 500 - 3 000	2 970 3 500 - 3 000
401.00	Staatssteuer, Juristische Personen: Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 % Auswirkungen Steuerstrategie	70 500	200 1 000	200 1 500
480.00	Rückläufige Entnahme Rücklage Steuerstrategie		- 92	- 1 000
2482. 460.20 460.10	Gebundene Abgaben: Anstieg Ertrag LSVA gemäss Angaben Bund NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente bei Kantonsanteile aus Mineralölsteuer	26 - 2 870	170 - 2 870	170 - 2 870

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
2484. 440.00 440.10	Anteile eidg. Abgaben und Erträge: Kantonsanteil an dir. Bundessteuern: Erwartete Zunahme Finanzausgleich - Entwicklung Schätzung Eidg. FV <i>NFA – Wegfall/Ersatz durch Ressourcenausgleich</i> <i>NFA – Neuer Ausgleichsmechanismus:</i>	+ 260	+ 380	+ 450
	<i>Ressourcenausgleich</i>	- 22 848	- 22 848	- 22 848
440.11	<i>Geographisch-Topographischer Lastenausgleich</i>	40 466	40 466	40 466
440.12	<i>Härteausgleich</i>	5 199	5 199	5 199
440.13	<i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Verrechnungssteuer</i>	9 789	9 789	9 789
440.40		- 2 000	- 2 000	- 2 000
2486. 416.10	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB: <i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Anteile Schweiz.</i> <i>Nationalbank SNB</i>	- 9 461	- 9 461	- 9 461

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2400	15.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes auf Kantonsebene ist auf 1. Januar 2008 umgesetzt.				
2402		Ersatzinvestitionen EDV/Telefonanlage		2008 bis 2010	300	
2480		Das Controlling der Steuerstrategie ist mit Blick auf den Finanzausgleich durchgeführt.		2008 bis 2010		

26 Steuerverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbständigenwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbständigenwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Die Steuerverwaltung veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und das Güterschätzungswesen ist organisatorisch bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Steuerverwaltung an.

2 Gesetzliche Grundlagen

Steuergesetz (GDB 641.4)

Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz (GDB 641.41)

Grundpfand- und Schätzungsgesetzgebung (GDB 213.7, 213.71 und 213.711)

Einführungsgesetzgebung zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1 und 851.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	5'055	5'344	5'365			
Ertrag	397	381	363			
Nettoaufwand	4'658	4'963	5'002	5'039	5'076	5'114
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2600	Abteilung Innere Dienste/Steuerrevisorat (Empfang, Telefon, Sekretariat, Infrastruktur, Verrechnungssteuer, Prämienverbilligung KV und Steuerrevisorat)	1 728	61	1 744	66
2620	Abteilung Unselbständigerwerbende (Veranlagung unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	1 069	0	1 049	2
2630	Abteilung Selbständig- und Unselbständigerwerbende (Veranlagung selbständig-/unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	942	0	958	0
2640	Abteilung Juristische Personen (Veranlagung juristische Personen und Beteiligungsrechtsinhaber)	443	0	453	0
2650	Abteilung Sondersteuern (Veranlagung der Sonder- und Quellensteuern)	468	0	459	0
2655	Grundstückschätzungen	516	145	516	120
2680	Prämienverbilligung KV	178	175	188	175

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2600	16	Umsetzung Steuerstrategie (Abstimmung mit Kantonsmarketing und Raumordnungskonzept)		
2600	16	Teilrevision Steuergesetz (Anpassungen an diverse Änderungen von Bundesrecht, wie StHG, Partnerschaftsgesetz usw.)		
2650		NEST Quellensteuer (Ablösung Abraxas / Investitionen Software und Einführungsaufwand)	130	
2655		Investitionen Software (Überführung GemDat – Terris und Ablösung Abraxas)	20	
2655	13	Umsetzung Revision Schätzungs- und Grundpfandgesetz (insbesondere Organisation)		
2680		Beschaffung neue Software Vollzug Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Umsetzung diverser Gesetzesänderungen)	100	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2600		Teilrevision Steuergesetz (u.a. Anpassungen an verschiedene Änderungen von Bundesrecht, insbesondere Unternehmenssteuerreform II)		2009		
2480	16.2	Revision Steuergesetz: Tarifkorrekturen (Steuerstrategie 2. Schritt)	2008	2009		- 3 000

23.3 SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
5.1	Die auf Art. 16 des Gesundheitsgesetzes gestützte Spitalstrategie wird umgesetzt durch:	
	Eine neue interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit mit den Kantonsspitalern von Obwalden und Nidwalden.	
5.2	Die spitalmässige Grundversorgung ist sichergestellt.	
	– Die Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Gesundheitszentrum wird geprüft.	
	– Die Entwicklung des Kantonsspitals zu einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt wird geklärt und je nach Ergebnis umgesetzt.	
	– Der Investitionsbedarf eines Umbaus des Kantonsspitals ist geklärt (→ Projekt KSOW).	
5.4	Die kantonale Gesetzgebung im Gesundheitsbereich und in der Gesundheitsförderung sind den Entwicklungen im Bund angepasst.	
	Die Teilentflechtung zwischen Kanton und Bund im Bereich Spitex (NFA) ist vorbereitet.	
5.5	Die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an das geänderte KVG angepasst und auf den NFA ausgerichtet.	
	Die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligung sind an die NFA angepasst.	
6.1	Die Stärkung von Familien und Kindern erfolgt nach den gutgeheissenen Prioritäten des Familienleitbildes.	
	Die Einführung und Finanzierung von Kleinkinderbetreuungszulagen sind entschieden.	

6.2	Für die NFA ist der Bereich des Heim- und Betreuungswesens vollzogen.	
	Die Gesetzgebung zur Umsetzung des NFA-Projektes im Heim- und Betreuungswesen ist in Bearbeitung.	
7.1	Die polizeiliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst und die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz verstärkt.	
	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.	
	Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz sind weitergeführt.	
	Die Projekte Polizei XXI sind weitergeführt.	
7.2	Die Zusammenarbeit und Einsatzkoordination der Partnerorganisationen (Führungsstab) ist optimiert.	
	Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen.	
7.3	Die Revision des Feuerschutzgesetzes ist umgesetzt.	
	Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist auf Anfang 2008 in Kraft.	
7.4	Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidgenössische Strafprozess- und Zivilprozessordnung) angepasst.	
	Die internationalen und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.	
	Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes liegt ein Gesetzesentwurf vor.	

30 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnungen insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 131)

Organisationsverordnung (GDB 433.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	296	309	304			
Ertrag						
Nettoaufwand	296	309	304	307	309	312
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
		Die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebung sind revidiert.		
		Die Organisation der Gefängnisverwaltung ist optimiert und die Nutzung des Gefängnisses geklärt.		

31 Justizverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (Gemeindeaufsicht) (GDB 111)

Bürgerrechtsgesetz (GDB 111.2.)

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden und Nidwalden zur Gleichstellung von Frau und Mann (GDB 121.11)

Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB; GDB 210.1)

Gesetz über die öffentliche Beurkundung (GDB 210.3)

Gesetz über die Ausübung des Anwaltsberufes (GDB 134.4)

Gesetz über den Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (GDB 111.2)

Vollziehungsverordnung zum SchKG (GDB 250.11)

Zivilstandsverordnung (GDB 211.11)

Ausführungsbestimmungen über Miete und Pacht (GDB 220.411)

Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die Schutzaufsicht (GDB 330.11)

Steuergesetz (GDB 641.4)

Gefängnisordnung (GDB 330.21)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'721	1'775	1'825			
Ertrag	1'161	935	889			
Nettoaufwand	560	840	936	974	967	1'076
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3100. 431.00	Justizverwaltung Gebührenänderungen aufgrund der Bundesgesetzgebung		20		30
3112. 319.00	Zivilstandswesen besonderer Sachaufwand (Mikroverfilmung, Auskünfte Botschaft, Bereinigung INFOSTAR)			30	
3120. 318.10 431.00	Betreibungen Porti im Rahmen von Betreibungsverfahren; ein Grossteil der Dokumente ist eingeschrieben zuzustellen Gebühreneinnahmen	70		75	
3122. 436.60	Konkurse Gebühreneinnahmen		100		50
3140. 351.00	Straf- und Massnahmenvollzug Kosten für Gefangene, die ihre Strafe in ausserkantonalen Anstalten zu verbüssen haben	200		200	
3142. 451.00 451.01	Gefängnis Vergütung von Kantonen für Straf- und Massnahmenvollzug Vergütung von Kantonen für Untersuchungsgefangene		21 34		5 30

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
3100. 318.60	7	Die internationalen (Schengen/Dublin, EU-Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bzgl. Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung) und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.	25	
3100. 318.60	7.4	Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz) liegt ein Gesetzesentwurf vor.	5	
	7.4	Die Ausführungsgesetzgebung ist an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches angepasst.		

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
	7	Die DNA-Profil-Gesetzgebung des Bundes ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.		
	7	Ausführungsbestimmungen über die Aufenthalts- und Verpflegungskosten der Gefängnisinsassen sind an die Kostenentwicklung angepasst.		
	7	Die Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend Stalking (Nachstellungen) und häusliche Gewalt ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.		
		Die Ausführungsbestimmungen über die Gebührenerhebung der Einwohnerkontrollen sind entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden aktualisiert.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3100	Einsetzung einer Datenschutzaufsichtsbehörde im Sinne der geänderten internationalen und nationalen Datenschutzbestimmungen.	10	10	10

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschiedung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
3100. 318.60		Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung ist an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes anzupassen.	2008	2008	10	
3100. 318.60	7.4	Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidg. StPO und ZPO) angepasst. Verwaltungsrechtspflege Zivilrechtspflege Strafrechtspflege	 2008 2010 2010	 2008 2010 2010	 10 20 50	
3100. 318.60	14.1	Konzept für eine wirkungsorientierte Gemeindeführung liegt vor (Anpassung des Gemeindeorganisationsrechts in der KV).	2010	2010	50	
3100. 318.60		Umsetzung der Registerharmonisierung zur Durchführung einer registergestützten Volkszählung 2010.	2009	2008 2009	5 15	

32 Kantonspolizei

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus und sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt. Es bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet.

Die zur Kantonspolizei zugehörige Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz umfasst die Bereiche Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Sie überwacht die Inspektions-, Schiess- sowie Dienstleistungspflicht der zugewiesenen Einheiten und erhebt den Wehrpflichtersatz. Sie ist für die Einsatzfähigkeit des Zivilschutzes verantwortlich. Sie überwacht die Feuerwehren, sorgt für eine gründliche Ausbildung der Spezialisten und Kader, sorgt auf Stufe Kanton für die Materialbeschaffung bezüglich Brandbekämpfung, Öl- und Chemiewehr sowie den Strahlenschutz.

2 Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.1)

Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.11)

Dienstreglement für das Polizeikorps (GDB 510.111)

Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)

Verordnung über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) (GDB 320.11)

Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (GDB 510.2)/Beschlüsse

Projekt Polizei XXI/Konkordat IPH (GDB 510.3)

Vollziehungsverordnung über den Wehrpflichtersatz (GDB 530.41)

Ausführungsbestimmungen über die Militärverwaltung (GDB 530.111)

Bevölkerungsschutzgesetzgebung (GDB 540.1, 540.111)

Ausführungsbestimmungen über den Kantonalen Führungsstab (GDB 540.112)

Zivilschutzgesetzgebung (GDB 543.1, 543.111)

Feuerschutzgesetzgebung (GDB 546.1, 546.11, 546.111, 546.112, 546.113, 546.21, 546.211, 546.212, 546.411)

Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung (GDB 780.31)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	13'626	10'196	10'460			
Ertrag	12'706	7'092	8'054			
Nettoaufwand	920	3'104	2'406	3'582	3'069	2'861
Investitionen:						
Ausgaben	920		100			
Einnahmen						
Nettoinvestitionen	920		100	2'665	2'020	2'140

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3200./3201./ 3202	Kommandoabteilung/Verkehrs- und Sicherheits- polizei/Kriminalpolizei				
306.00	Dienstkleider, Uniformierung, pers. Ausrüstung	84		83	
309.00	Ausbildung des Personals, Kurse – neu Aufnahme Schulbetrieb Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (50)	132		161	
311.40	Fahrzeuge (Ersatzbeschaffungen)	142		173	
317.00	Spesenentschädigungen	132		102	
318.90	verschiedener Verwaltungsaufwand – ZRK Polizei XXI Projekt Logistik (5) – Vorarbeiten 200 Jahre Kapo (1)	33		37	
363.00	Informatikaufwand ILZ	450		450	
434.10	Arbeiten für Dritte – Rückgang Luftsicherheitsdienst (120 auf 98) – neuer Vertrag Schwerverkehrskontrolle (200 auf 140)		607		540
434.20	Alarmanlagen Beiträge – Tarifierpassung (AB Kosten Polizeidienst GDB 510.112)		90		41
3201.	Verkehrs- und Sicherheitspolizei				
437.00	Bussen und Geschwindigkeitsübertretungen		1 950		1 950
3250.	Zivilschutz				
315.90	Grossteil der Logistikkosten neu über Ersatzbei- träge finanziert (3250.366.01)	200		23	
351.00	Zahlung an das Ausbildungszentrum Cham für Rekrutenschule, Wiederholungs- und Weiterbil- dungskurse	173		88	
351.01	Entschädigungen für Wiederholungskurse	100		60	
363.00	Informatikaufwand	31		42	
366.01	Anschaffungen über Ersatzbeiträge Miete Logistikzentrum Kägiswil und notwendige Anschaffungen, Weiterbildungskurse u.a.			300	
439.00	Einnahmen aus Ersatzbeiträgen für die Umset- zung des kantonalen Zivilschutzes		221		300
451.00	Zahlungen anderer Kantone für den Einsatz unse- rer kantonalen Instrukturen im Ausbildungszent- rum Cham		56		31

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3251.	Schadenwehr				
311.40	Ersatzanschaffung eines Fahrzeugs und Geräten	60		40	
352.00	Entschädigungen an Engelberg und Sarnen für Ausbildung und Einsätze der Stützpunktfeuerwehren	65		65	
436.10	Div. Rückerstattungen		12		12
436.15	Anteil aus der Feuerlöschkasse an die Personalkosten		85		85
3256.	Wehrpflichtersatz				
440.00	Anteile der Bundeseinnahmen		80		80
3257.	Führungsstab				
318.02	Funkanlagen: Konzessionsabgaben	98		50	
365.20	Projekt Care Link			23	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
3200	7.1	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.		
3200	7.1	Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz Obwalden sind weitergeführt.	noch offen	
3201	7.1	Die Nachrüstungen im Ordnungsdienstbereich (Pol XXI) ist erfolgt.	145	
	7.1	Die Projekte Polizei XXI sind weitergeführt.		
3200. 318.90	7.2	Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen (Entschädigung an externe Beratung).	27	
3251	7.3	Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist abgeschlossen.	10	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3200.	Kommando			
309.00	Anteil IPH (Interkantonale Polizeischule Hitzkirch)	50	50	50
3250.	Zivilschutz			
315.90	Ersatzbeschaffung Einsatzfahrzeuge	50	100	50
	Beschaffung Einsatzgeräte gross	50	100	100
	Beschaffung Einsatzgeräte klein	50	50	50

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
3200. 301.00		Euro 08: Personaleinsätze, Ausrüstung und Material		2008	165	
3200. 318.90		Jubiläum 200 Jahre Kantonspolizei Obwalden	2006	2008	55	
3200. 506.02	7.1	Anpassungen Einsatzzentrale (EZ) und Supportsys- tem	2007	2008 ff.	100	
3200. 506	7.1	<i>Sicherheitsfunknetz Obwalden</i>	2007	2008 ff.	3 000 bis 10 000	
3201. 311.10	7.1	Ersatz bestehender Laser Geschwindigkeitsmessan- lage		2008	50	
3201. 506.03		Ersatzbeschaffung Unfallpikettfahrzeug		2010	120	
3201. 311.10		Ersatz persönliche Schutzwesten, 1. Tranche		2009	30	
3202. 311.10		Ersatz persönliche Schutzwesten, 2. Tranche		2010	30	
3202. 318.90	7.1	Kriminalpolizei METAS, Zertifizierung Kriminaltechnik		2008	120	
3202. 311.10	7.1	Geräte-Ersatz Digitalfotografie		2010	50	
3202. 506.00	7.1	Kriminalpolizei Swiss Police Index (Auftrag KKJPD)		2008	100	

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
3250. 311.10	7.2	Zivilschutz <i>Beschaffung Funkausrüstung Polycom</i>		2008 2009	150 100	
3251 562.00	7.3	Schadenwehren Der Neu- oder Ausbau der Stützpunktfeuerwehr Sarnen ist durch einen Beitrag unterstützt.		2008	350	
3257. 311.10	7.2	KFS <i>Beschaffung Funkausrüstung Polycom</i>		2008 2009	100 100	